

Kommunales Haftungsrecht

Begründet von

Carsten Rotermund

Syndikus bei der Versicherungskammer Bayern

Herausgegeben von

Dr. Georg Krafft

Rechtsanwalt in München

Bearbeitet von

Dr. Georg Krafft

Dr. Simone Preisser

Matthias Rist

Prof. Dr. Bernd Rohlfig

Stefan Schüler

Dr. Timo Wunderle

6., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

<https://ESV.info/978-3-503-24210-8>

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Krafft, Kommunales Haftungsrecht, 6. Auflage 2026

1. Auflage 1996

...

4. Auflage 2008

5. Auflage 2013

6. Auflage 2026

ISBN 978-3-503-24210-8 (gedrucktes Werk)

ISBN 978-3-503-24211-5 (eBook)

DOI <https://doi.org/10.37307/b.978-3-503-24211-5>

Alle Rechte vorbehalten.

© 2026 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG

Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin

info@ESVmedien.de, www.ESV.info

Die Nutzung für das Text und Data Mining ist ausschließlich dem Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b UrhG ausdrücklich.

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Vorwort zur 6. Auflage

Die 6. Auflage ist dem Begründer des Werkes, Herrn Carsten Rotermund, gewidmet. Herr Rotermund verstarb nach schwerer Krankheit im August 2024. Zwar hatte sich Herr Rotermund schon vor der 5. Auflage von der Mitwirkung an dem von ihm begründeten Werk zurückgezogen. Sein Schaffen, für das ihm Dank und Respekt gebührt, wird aber in allen Folgeauflagen weiterwirken. Das Vorwort des Herrn Rotermund zur 1. Auflage habe ich in Erinnerung an Herrn Rotermund im Anschluss an das Vorwort zur 6. Auflage noch einmal wiedergegeben.

Die Voraufgabe datiert aus dem Jahr 2013. Seitdem sind zwölf Jahre vergangen; sie waren geprägt von beruflichen Wechselfällen und einer starken Auslastung im Tagesgeschäft. Gleichwohl ist es mir gelungen, ein neues Autorenteam mit herausragender Expertise und Kompetenz zusammenzustellen. Ich bin sehr froh, dass ich als Mitautoren eine Kollegin und Kollegen aus der Richter- und Anwaltschaft sowie der Lehre gewinnen konnte. Alle Mitautoren sind spezialisiert auf das Recht der Amts- und Staatshaftung der Kommunen. Die Mischung zwischen richterlicher, anwaltlicher und universitärer Perspektive, die der 6. Auflage nunmehr zugrunde liegt, ist ein erheblicher Qualitätsgewinn. Hinzu kommt die nicht selbstverständliche Begeisterung aller Autoren, an einem solchen Werk mitzuwirken.

Einherrgehend mit der fortschreitenden Rechtsentwicklung und den Herausforderungen, denen sich die Kommunen neu stellen, haben sich auch Inhalt und Ausrichtung des Werkes „Kommunalhaftung“ geändert. Im Unterschied zur Voraufgabe beschränkt sich die 6. Auflage auf die Haftung der Kommunen gegenüber Dritten (Außenhaftung). Die persönliche zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit der kommunalen Bediensteten und Entscheidungsträger wird – nicht zuletzt aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung – in ein gesondertes Werk ausgelagert, das voraussichtlich im Jahr 2027 erscheinen wird.

Gleich geblieben ist allerdings, dass das Werk die aktuellen Fragen der Kommunalhaftung behandelt, so wie sie sich in der Praxis stellen.

So wurden – gemessen an ihren Fallzahlen – wenig haftungsrelevante Themen, wie das Wettbewerbsrecht der Kommunen, gestrichen. Nicht mehr aufgenommen wurden auch Rechtsgebiete, die andernorts schon vertieft behandelt sind (wie z.B. das Recht der öffentlichen Ausschreibungen) und deren fundierte Darstellung den Umfang des Werks sprengen würde.

Neu aufgenommen wurden indes Themen wie die Haftung der Kommunen für den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Noch weiter vertieft dargestellt werden die Klassiker der Kommunalhaftung wie das Recht der Verkehrssicherungspflichten, insbesondere im Kontext der freien Natur, des gewässerrechtlichen Gemeindegebrauchs und der kommunalen Schwimmbäder. Im Übrigen

verbleibt es bei der bewährten Darstellung praxisrelevanter Themen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Baurecht, der Abwasserbeseitigung etc. sowie der allgemeinen rechtlichen Grundsätze, die für die Haftung der Kommunen bedeutsam sind.

Wie schon die Voraufgaben stellt die aktuelle Auflage die Rechtslage anhand der Rechtsprechung primär des BGH (dort insbesondere der III. Zivilsenat, Staatshaftungssenat) dar. Soweit erforderlich, sind auch unter- und obergerichtliche Entscheidungen eingearbeitet.

Der Stand der Bearbeitung entspricht der Rechtsprechung und Literatur, soweit sie bis Ende Januar 2026 veröffentlicht waren.

München, im Frühjahr 2026

Dr. Georg Krafft

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, einen möglichst umfassenden Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen zu verschaffen. Es richtet sich vornehmlich an alle diejenigen (auch Nichtjuristen), die in der Praxis mit der Geltendmachung oder der Abwehr von Schadensersatzforderungen gegen die Gemeinden befaßt sind. Insbesondere soll es durch Aufzeigen der Haftungsrisiken und Ratschläge zur Schadensverhütung dazu beitragen, die Schädigung Dritter und daraus resultierende Forderungen durch kommunale Tätigkeiten überhaupt zu vermeiden.

Die Arbeit beruht auf den Erfahrungen aus meiner Tätigkeit als Schadenreferent einer kommunalen Haftpflichtversicherung und der Auswertung von über 450 Urteilen, die zum Teil bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Im Interesse einer praktischen Handhabung habe ich auf die Darstellung rechtswissenschaftlicher Meinungsstreite bewußt weitgehend verzichtet und den Schwerpunkt auf die Erläuterung und kritische Würdigung der Rechtsprechung, insbesondere des Bundesgerichtshofs, gelegt. Die Fundstellen sind in den Text eingearbeitet worden, von der Einfügung von Fußnoten wurde abgesehen. Literaturhinweise beschränken sich im wesentlichen auf die jedem Praktiker zugänglichen Standardwerke und -zeitschriften, so daß zu einzelnen Problemen nachgelesen werden kann, ohne auf spezielle Bibliotheken oder Universitätsbüchereien zurückgreifen zu müssen.

Soweit nicht selbst erstrittene Urteile verwertet wurden, habe ich zu einem Großteil auf die Veröffentlichungen in den „Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer“ (BADK-Information) zurückgegriffen, die speziell Entscheidungen und Aufsätze zur Kommunalhaftung publiziert. Diese Zeitschrift kann von den Kommunalverwaltungen über die für sie zuständigen Kommunalversicherer (Anschriften am Ende des Buches) bezogen werden.

Da sich das Buch auch an Sachbearbeiter in der Kommunalverwaltung und andere Personen richtet, die keine rechtswissenschaftliche Ausbildung durchlaufen haben, habe ich mich bemüht, in den ersten Kapiteln jedenfalls in den Grundzügen auch die allgemeinen Grundlagen des Haftungsrechts zu erläutern, auf die dann später zurückverwiesen wird.

Zur Auflockerung und Veranschaulichung wurden immer wieder durch Kursivdruck abgesetzte Beispiele eingestreut, die im wesentlichen den besprochenen Gerichtsentscheidungen nachgebildet sind.

In den Anhang des Buchs habe ich Muster für Dienstanweisungen und Kontrollblätter aufgenommen, um die Organisation der Haftungsvermeidung zu erleichtern. Diese Muster sind freundlicherweise von der BADK zur Verfügung gestellt und deren Broschüre „Haftungsrechtliche Organisation im Interesse der

Schadenverhütung“ entnommen worden, die Ende 1995 neu herausgegeben und aktualisiert wurde.

Ich hoffe daher, dem Benutzer eine umfassende und praxisorientierte Darstellung des kommunalen Haftungsrechts zur Verfügung stellen zu können.

Mein besonderer Dank für ihre wertvolle Mithilfe gilt Herrn Walter Kappler, Herrn Alexander Kuhn und Herrn Dieter Schneider für die Durchsicht des Manuskripts, der Versicherungskammer Bayern, insbesondere Herrn Binder und Herrn Kintzel für die Beschaffung der erforderlichen Literatur und Rechtsprechung sowie dem KSA der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Kapitels über die Kommunalhaftung in den neuen Bundesländern. In ganz besonderer Weise möchte ich mich auch bei meiner Frau Renate für ihre Mithilfe bedanken, ohne deren Geduld und Verständnis diese Arbeit nicht hätte vollendet werden können.

Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung wurden berücksichtigt, soweit sie bis zum September 1995 veröffentlicht waren.

Für Anregungen und Kritik bin ich dankbar.

Traunstein, im Oktober 1995

Carsten Rotermund

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	<u>5</u>
Vorwort zur 1. Auflage	<u>7</u>
Inhaltsverzeichnis	<u>11</u>
Verzeichnis der Bearbeiter der 6. Auflage	<u>51</u>
Abkürzungsverzeichnis	<u>53</u>
Teil A Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten	<u>59</u>
Teil B Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung	<u>459</u>
Teil C Die versicherungsrechtliche Absicherung kommunaler Haftungsrisiken	<u>1061</u>
Teil D Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten	<u>1091</u>
Literaturverzeichnis	<u>1171</u>
Stichwortverzeichnis	<u>1177</u>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	7
Inhaltsübersicht	9
Verzeichnis der Bearbeiter der 6. Auflage	49
Abkürzungsverzeichnis	51
Teil A Die Haftung der Kommune gegenüber Dritten	57
Kapitel I Haftungssubjekt „Kommune“ und Haftungsregime	59
1 Vorbemerkung	59
2 Rechtsnatur und Begriffsbestimmung der „Kommune“	60
3 Die Abgrenzung zwischen hoheitlicher und privatwirtschaftlich-fiskalischer Betätigung	62
3.1 Rechtlicher Ausgangspunkt und praktische Bedeutung	62
3.2 Grundsätze der Abgrenzung	63
3.2.1 Abgrenzungskriterien des Bundesgerichtshofs	64
3.2.1.1 Hoheitlich ausgestaltete Rechtsform	65
3.2.1.2 Realakte – funktioneller Amtsträgerbegriff	65
3.2.1.3 Vermutungsregel für öffentliche Aufgaben	66
3.2.2 Bewusste Rechtswahl	66
3.2.3 Verwaltungshelfer und Beliehene	67
3.2.4 Einzelne Sachverhaltskonstellationen	67
3.2.5 Fazit	69
4 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand	69
4.1 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für hoheitliche Tätigkeiten	70
4.1.1 Amtshaftung	70
4.1.1.1 Beamter im haftungsrechtlichen Sinne	70
4.1.1.2 Zurechnung	71
4.1.2 Staatshaftung im weiteren Sinn (verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse, Enteignungs- und Entschädigungsansprüche)	72
4.2 Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für privatwirtschaftlich-fiskalische Tätigkeiten	73
4.2.1 Organhaftung gem. §§ 31, 89 BGB	74
4.2.2 Haftung für Erfüllungsgehilfen gem. § 278 BGB	76
4.2.3 Haftung für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 BGB	76
4.3 Die Gefährdungshaftung der öffentlichen Hand	78

4.4	Anspruchskonkurrenzen	78
4.4.1	Grundsätze und Ausnahmen	78
4.4.2	Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen	79
4.4.3	Privatwirtschaftlich-fiskalische Betätigung	80
4.5	Bestimmung des Haftungssubjekts sowie des Haftungsregimes nach Fallgruppen und Rechtsgebieten	80
4.5.1	Staatliche Aufgabenerfüllung der Kommunen	80
4.5.2	Weisung, Amtshilfe und Hilfeleistung	81
4.5.3	Organleihe im weiteren Sinne	82
4.5.4	Beamte mit institutioneller Doppelstellung (z. B. Landrat) oder Nebenamt	84
4.5.5	Bedienstete der Kreise und Landratsämter	85
4.5.5.1	Kommunale Beschlussgremien	86
4.5.5.2	Umlegungsausschuss	86
4.5.6	Bürgermeister	87
4.5.7	Zweckverbände und sonstige Kooperationsformen	87
4.5.7.1	Zweckverband	88
4.5.7.2	Verwaltungsgemeinschaften, Verwaltungskooperationen	88
4.5.7.3	Jobcenter gemäß SGB II, Bürgergeld	89
4.5.7.4	Samtgemeinden	92
4.5.8	Hoheitliche Aufgabenerfüllung durch Private	94
4.5.8.1	Zurechnung – Übertragung/Anvertrauen	95
4.5.8.2	Beliehene	96
4.5.8.3	Verwaltungshelfer	96
4.5.9	Externe Prüfer (bautechnische Nachweise) und Vermessungsingenieure	100
4.5.9.1	Prüftätigkeiten im Allgemeinen	101
4.5.9.2	Prüfingenieure (insbesondere für Baustatik)	102
4.5.9.3	Prüfsachverständige	104
4.5.9.4	Vermessungsingenieure	105
4.5.10	Sachverständige für den Kraftfahrzeugverkehr	105
4.5.11	Bezirksschornsteinfeger und bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger	106
4.5.12	Verneinte Konstellationen zur Amtsausübung	107
4.5.13	Gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch	107
4.5.14	Kommunale Krankenhäuser	107
4.5.15	Gesamtschuldnerische Haftung	108
4.5.16	Haftung öffentlich-rechtlicher Körperschaften untereinander	109
4.5.17	Zurechnung nach Treu und Glauben beziehungsweise Auskunft	110
4.5.18	Kartell- und Wettbewerbsrecht	110

4.5.19	Verkehrssicherungspflichten	110
4.5.19.1	Anzuwendendes Haftungsregime	110
4.5.19.2	Passivlegitimation	112
4.5.20	Beteiligung der öffentlichen Hand an privatrechtlichen Unternehmen	113
Kapitel II Recht der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen		115
1	Vorbemerkung	115
2	Haftung aus verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen und Sonderverbindungen	115
2.1	Vorbemerkung – Haftungsregime	115
2.1.1	Öffentlich-rechtliche Verträge	115
2.1.2	Vertragsähnliche öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen (verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse)	116
2.2	Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	118
2.3	Öffentlich-rechtliche c. i. c.	121
2.4	Folgen der Anwendbarkeit vertragsrechtlicher Haftungsgrundsätze	122
2.5	Öffentlich-rechtliche Verwahrung	125
2.6	Rechtsweg	127
3	Amtshaftung	128
3.1	Ausübung eines öffentlichen Amtes durch einen Beamten	131
3.1.1	Beamter im haftungsrechtlichen Sinn	131
3.1.1.1	Haftungsrechtlicher Beamtenbegriff	131
3.1.1.2	Beliehene	132
3.1.1.3	Verwaltungshelfer	132
3.1.2	Erforderlichkeit eines individuellen Fehlverhaltens	132
3.1.3	Ausübung eines öffentlichen Amtes	132
3.1.4	Abgrenzung: Handeln bei Gelegenheit	136
3.1.5	Abgrenzung von Tun und Unterlassen	136
3.2	Haftungssubjekt – haftende Körperschaft	137
3.3	Inhalt und Umfang der Amtspflichten	137
3.3.1	Amtspflicht (rechtmäßiges Handeln)	138
3.3.2	Amtspflicht (Klärung des entscheidungserheblichen Sachverhalts)	138
3.3.3	Amtspflicht zur Anhörung Beteiligter	139
3.3.4	Amtspflicht zur Verschaffung von Rechts- und Verwaltungskennntnissen	139
3.3.5	Organisationspflichten als Amtspflichten	140
3.3.5.1	Unzureichende Personal-, Sachausstattung (verzögerte Bearbeitung)	140
3.3.5.2	Wissensmanagement	141
3.3.5.3	Kontrollen (Straßenkontrollen, Winterdienst)	142
3.3.5.4	Weitere Organisationspflichten	144

3.3.6	Amtspflicht (Zuständigkeit, Form- und Verfahrensvorgaben)	144
3.3.7	Amtspflicht (Ermessensausübung und Beurteilungsspielraum)	145
3.3.8	Amtspflicht zu verhältnismäßigem Handeln	147
3.3.9	Amtspflicht (zügige Sachbearbeitung)	148
3.3.10	Amtsmissbrauch (§ 826 BGB im Rahmen von § 839 BGB)	149
3.3.11	Amtspflicht auf Unterlassung deliktischer Schädigungen	150
3.3.12	Amtspflicht zu sachgerechten Entscheidungen	150
3.3.13	Amtspflichten bezüglich Verschwiegenheit und Gehorsam	151
3.3.14	Amtspflicht zur Behebung von Fehlern	152
3.3.15	Amtspflicht zu konsequentem (und widerspruchsfreiem) Verhalten	153
3.3.16	Amtspflicht zur Erteilung von Auskünften und Belehrungen	153
	3.3.16.1 Normative Grundlagen	153
	3.3.16.2 Inhaltliche Anforderungen	154
	3.3.16.3 Zusagen	158
	3.3.16.4 Belehrungspflichten	159
3.3.17	Amtspflicht zu behördlichen Warnungen	159
3.3.18	Amtspflichten im Baurecht	160
3.3.19	Verkehrssicherungspflichten	160
3.3.20	Gebrauch von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen	160
3.3.21	Beamten- und Dienstrecht (insbesondere Stellenbesetzungen)	161
3.4	Schutzzweck der Amtspflichten und Drittgerichtetheit	164
3.4.1	Vorbemerkungen	164
3.4.2	Schutzzweck	165
3.4.3	Drittgerichtetheit – Vorgaben	166
	3.4.3.1 Formel des Bundesgerichtshofs	166
	3.4.3.2 Europarechtliche Einflüsse	167
	3.4.3.3 Wer ist Dritter?	167
	3.4.3.4 Fälle bejahter Drittgerichtetheit	169
	3.4.3.5 Drittgerichtetheit verneint	170
	3.4.3.6 Einzelfälle, Kasuistik	172
3.4.4	Sachliche und inhaltliche Begrenzungen	175
	3.4.4.1 Grundsätze	175
	3.4.4.2 Einzelfälle	175
	3.4.4.3 Verlässlichkeitsgrundlage	177
3.5	Rechtswidrigkeit	177

3.6	Verschulden	178
3.6.1	Grundlagen	178
3.6.2	Feststellungsanforderungen bei §§ 823, 839 BGB	179
3.6.3	Vorsatz und Abgrenzung zur Fahrlässigkeit	179
3.6.4	Fahrlässigkeit	180
3.6.5	Verschulden bei der Befolgung von Anordnungen	181
3.6.6	Verschulden bei unrichtiger Rechtsanwendung/Gesetzesauslegung	182
3.6.7	Kollegialgerichts-Richtlinie	184
3.6.8	Organisationsverschulden	185
3.7	Kausalität und Schaden	186
3.8	Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit (§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB)	186
3.8.1	Regelungszweck, Grundlagen	186
3.8.2	Entfallen des Verweisungsprivilegs (Einschränkungen)	187
3.8.3	Anforderungen an die anderweitige Ersatzmög- lichkeit	189
3.8.4	Verweisungsprivileg in der kommunalen Haftungspraxis	191
3.9	Schuldhafter Nichtabwendung eines Schadens (§ 839 Abs. 3 BGB)	192
3.9.1	Grundlagen, Allgemeines	192
3.9.2	Rechtsmittel im Sinne des § 839 Abs. 3 BGB	192
3.9.3	Nichtgebrauch des Rechtsmittels	193
3.9.4	Verschulden bezüglich Nichtgebrauch des Rechtsmittels	194
3.9.5	Kausalität Nichtgebrauch für den Schaden	195
3.9.6	Ausschlusswirkung von Planfeststellungsverfahren	196
3.9.7	Sonstige Haftungsausschlüsse und -beschränkungen ...	197
3.10	Verjährung	198
3.11	Darlegungs- und Beweislast (§ 823 BGB und § 839 BGB)	198
3.11.1	Allgemeine Grundsätze	198
3.11.2	Amtspflichtverletzung	199
3.11.3	Rechtswidrigkeit	200
3.11.4	Verschulden	201
3.11.5	Kausalität	202
3.11.5.1	Haftungsbegründende Kausalität	202
3.11.5.2	Grundsatz	203
3.11.5.3	Ausnahme: Grobe Pflichtverletzung	203
3.11.5.4	Zum Problem des Nachweises beim Unterlassen	204
3.11.5.4.1	Einfache Pflichtverletzungen	204
3.11.5.4.2	Grobe Pflichtverletzungen	205
3.11.5.5	Haftungsausfüllende Kausalität	206

3.11.6	Schaden	206
3.11.7	Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit	206
3.11.8	Schuldhaftes Nichtabwendung des Schadens (§ 839 Abs. 3 BGB)	207
4	Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch	208
4.1	Vorbemerkung und praktische Relevanz	208
4.2	Die Haftungsvoraussetzungen im Überblick	209
4.3	Passivlegitimation der Kommune	210
4.4	Die Verletzung individualschützenden Unionsrechts	211
4.4.1	Die Feststellung der Schutznormverletzung	211
4.4.2	Kein „Anwendungsvorrang nationalen Rechts“	213
4.5	Der hinreichend qualifizierte Verstoß	213
4.5.1	Die Anwendung auf kommunaler Ebene, Haftungsmaßstab	213
4.5.2	Die Kriterien des hinreichend qualifizierten Verstoßes	216
4.5.3	Konsequenzen für die Kommunen	217
4.6	„Unmittelbarer Kausalzusammenhang“	218
4.7	Haftungsausfüllende Kausalität, Vorrang des Primärrechts- schutzes, Subsidiarität, Mitverschulden, Schaden und Rechtsweg	219
5	Verschuldensunabhängige Entschädigungsansprüche	220
5.1	Überblick und Haftungsregime	220
5.1.1	Entschädigung für rechtmäßiges hoheitliches Handeln	221
5.1.2	Entschädigung für rechtswidriges hoheitliches Handeln	223
5.1.3	Rechtsfolgen und praktische Relevanz	223
5.2	Der enteignungsgleiche Eingriff	224
5.2.1	Begriff des Eingriffs	224
5.2.2	Die eigentumsrechtlich geschützte Position	226
5.2.3	Unmittelbarkeit des Eingriffs	228
5.2.4	Schadensanfälliger Zustand des Eingriffsgegenstands	230
5.2.5	Verstoß gegen die Inanspruchnahme von Primär- rechtsschutz, § 254 BGB	230
5.3	Der enteignende Eingriff	231
5.3.1	Grundsätzliches zum Eingriffstatbestand beim enteignenden Eingriff	232
5.3.2	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen des Gewerbebetriebs	233
5.3.3	Opfergrenze bei hoheitlichen Beeinträchtigungen von Grundstücken	234
5.4	Keine Verweisung auf Ansprüche gegen Dritte	236
5.5	Passivlegitimation	236
5.6	Darlegungs- und Beweisfragen	236
5.7	Spezialgesetzliche Entschädigungsregelungen	237

6	Verjährungsfragen	238
6.1	Vorbemerkung	238
6.2	Grundsätze	239
6.3	Entstehen des Amtshaftungsanspruchs	240
6.4	Kenntnis (grob fahrlässige Unkenntnis) und Zumutbarkeit	241
6.5	Verjährungshemmung	244
6.5.1	Primärrechtsschutz	244
6.5.1.1	Keine Hemmung durch Eilverfahren	245
6.5.1.2	Auskünfte	245
6.5.1.3	Keine Hemmung durch Beiladung im Verwaltungsrechtstreit	246
6.5.1.4	Versagung des Einvernehmens	246
6.5.1.5	Weisungsfälle	247
6.5.2	Hemmung durch Verhandlungen	247
6.6	Die Verjährung weiterer kommunaler Haftpflichttatbestände wegen hoheitlicher Betätigung	249
6.6.1	Ansprüche aus enteignungsgleichem bzw. enteignendem Eingriff, Aufopferung	249
6.6.2	Die Verjährung des gemeinschaftsrechtlichen Staats- haftungsanspruchs	249
6.6.3	Landesrechtliche Verjährungsvorschriften	249
6.6.4	Verjährung der Ansprüche aus dem StHG-DDR	250
6.7	Darlegungs- und Beweisfragen	251
Kapitel III Verwaltungsprivatrechtliche Haftung der Kommunen		253
1	Vorbemerkung	253
1.1	Erscheinungsformen und Grenzen privatwirtschaftlich- fiskalischen Handelns der Kommune	253
1.2	Überblick über die Haftungstatbestände, Praxisrelevanz	254
1.3	Geltung der Grundrechte	254
1.4	Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie	255
2	Vertragliche und vertragsähnliche Haftung	256
2.1	Kommunale Vertragshaftung	256
2.1.1	Organwissen	257
2.1.2	Dokumentationspflicht	257
2.1.3	Wissensaufspaltung	258
2.1.4	Darlegungs- und Beweisfragen	259
2.2	Verschulden bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	259
2.2.1	Allgemeines	259
2.2.2	Fallgruppe: Enttäushtes Vertrauen infolge Abbruchs der Vertragsverhandlungen	260
2.2.3	Fallgruppe: Verletzung von Aufklärungs- und Hinweispflichten	261
2.2.4	Fallgruppe: Missachtung öffentlich-rechtlicher Wirksamkeitsvoraussetzungen	261

2.2.5	Grenzen kommunaler Vertrauenshaftung, Haftungsumfang und Mitverschulden	265
2.2.5.1	Schutzzweck und Kausalität	265
2.2.5.2	Rechtsfolgen und kommunalrechtliche Begrenzung des Haftungsumfangs	265
2.2.5.3	Mitverschulden	266
2.2.6	Darlegungs- und Beweisfragen, Rechtsweg	266
2.3	Störung der Geschäftsgrundlage	267
2.3.1	Geschäftsgrundlage	267
2.3.2	Schwerwiegende Veränderung	268
2.3.3	Risikobetrachtung	269
2.3.4	Vorhersehbarkeit	269
2.3.5	Unzumutbarkeit	269
2.3.6	Rechtsfolgen	270
2.4	Geschäftsführung ohne Auftrag	270
2.5	Sonderfall: Haftung der Kommune bei Nichtigkeit sog. Ablösungsvereinbarungen	270
2.5.1	Vorbemerkung	270
2.5.2	Wesen der Ablösungsvereinbarung	271
2.5.3	(Un-)Wirksamkeit bzw. Nichtigkeit von Ablösungsver- einbarungen	271
2.5.4	Haftung der Kommune	272
2.5.4.1	Culpa in contrahendo (c. i. c.)	273
2.5.4.2	Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	274
2.5.4.3	Amtshaftungsanspruch	275
3	Privatrechtliche Deliktshaftung, §§ 823 ff. BGB	275
4	Der nachbarrechtliche Ausgleichsanspruch	276
4.1	Einführung	276
4.2	Praxisrelevanz	277
4.3	Überblick	277
4.4	Anwendbarkeit und Konkurrenzen	278
4.5	Anspruchsvoraussetzungen	280
4.5.1	Verlust des Abwehranspruchs (Duldungszwang)	280
4.5.1.1	„Rechtlicher“ Duldungszwang	280
4.5.1.2	Immissionen von hoher Hand	281
4.5.1.3	Faktischer Duldungszwang	282
4.5.1.4	Fehlender Primäranspruch	283
4.5.2	Begriff der Einwirkung	283
4.5.3	Abverlangen eines Sonderopfers	284
4.5.4	Grundstücksbezogenheit der Beeinträchtigung	284
4.5.5	Grenzen des nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruchs („Nähebezug“)	285
4.6	Passivlegitimation	286
4.7	Aktivlegitimation	287

4.8	Umfang der Ausgleichspflicht	287
4.8.1	Grundsätze	287
4.8.2	Mitverursachung	288
4.8.3	Haftungsverteilung bei mehreren Verursachern	288
4.9	Verjährung und Verwirkung	289
4.10	Darlegungs- und Beweisfragen	289
5	Haftung nach dem AGG	289
5.1	Aktivlegitimation	290
5.1.1	Beschäftigte	290
5.1.2	Bewerber und Scheinbewerbungen	291
5.2	Passivlegitimation	293
5.2.1	Arbeitgeber	293
5.2.2	Zurechnung des Verhaltens Dritter	293
5.3	Das Benachteiligungsverbot des § 7 Abs. 1 AGG	294
5.3.1	Vergleichbare Situation	295
5.3.2	Indizien für eine Benachteiligung	296
5.3.2.1	Stellenanzeigen	296
5.3.2.2	Benachteiligungen von Schwerbe- hinderten	297
5.3.2.3	Statistik als Indiz	299
5.3.2.4	Auskunftsanspruch	300
5.3.3	Beweislastumkehr	301
5.3.4	Rechtfertigungsgründe	301
5.4	Schadensersatzverpflichtung nach § 15 Abs. 1 AGG	302
5.5	Entschädigungsanspruch nach § 15 Abs. 2 AGG	305
5.6	Ausschlussfristen	306
5.7	Konkurrierende Ansprüche	308
6	Urheber-, Kennzeichen- und Markenrechte	309
6.1	Verletzung von Urheberrechten	309
6.1.1	Verletzung der Urheberrechte des Architekten	309
6.1.1.1	Urheberrechtliche Schutzfähigkeit des Bauwerks	310
6.1.1.2	Schutz der Werkintegrität	313
6.1.1.3	Rechtswidrigkeit	319
6.1.1.4	Rechtsfolgen	320
6.1.2	Verletzung von Urheberrechten an Lichtbildern und Lichtbildwerken	321
6.1.2.1	Urheberrechtliche Schutzfähigkeit	321
6.1.2.2	Rechtswidrigkeit	324
6.1.2.3	Rechtsfolgen	324
6.1.3	Sonstige Urheberrechtsverletzungen durch die öffentliche Hand	327

6.2	Verletzungen von Namens-, Kennzeichen- und Markenrechten	328
6.2.1	Namens- und Kennzeichenrechte	328
6.2.1.1	Anspruchsvoraussetzungen	329
6.2.1.2	Rechtsfolgen	331
6.2.2	Markenrechte	331
7	Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für die Beteiligung an kommunalen Unternehmen des Privatrechts	334
7.1	Grundsatz	334
7.2	Durchgriffshaftung der Kommune als GmbH-Gesellschafterin	335
7.2.1	Grundsatz	335
7.2.2	Fallgruppen der Durchgriffshaftung	337
7.2.2.1	Vermögensvermischung	337
7.2.2.2	Unterkapitalisierung	338
7.2.2.3	Existenzvernichtungshaftung	339
7.2.2.4	Haftung aus Konzernrecht	341
7.3	Durchgriffshaftung der Kommune bei Beteiligung an AG	342
7.3.1	Grundsatz	342
7.3.2	Fallgruppen der Durchgriffshaftung	343
7.3.2.1	Vermögensvermischung	343
7.3.2.2	Haftung aus Konzernrecht	344
7.3.2.3	Existenzvernichtungshaftung	346
7.3.3	Andere Haftungstatbestände	346
7.4	Darlegungs- und Beweisfragen	347
8	Gesamtschuldnerausgleich zwischen kommunalen Körperschaften	348
Kapitel IV Gefährdungshaftung der Kommunen		351
1	Vorbemerkungen	351
2	Haftung nach dem Haftpflichtgesetz (HaftPflG)	352
2.1	Vorbemerkungen	352
2.2	Haftung des Bahnunternehmers	352
2.2.1	Voraussetzungen der Haftung des Bahnunternehmers	352
2.2.2	Schienen- oder Schwebebahn	353
2.2.3	Passivlegitimation	354
2.2.3.1	Zum Begriff des Bahnbetriebsunternehmens	354
2.2.3.2	Haftung im kommunalen Bereich	354
2.2.3.3	Trennung von Eisenbahn- und Infrastrukturunternehmen	354

2.2.4	Begriff des Betriebs	355
2.2.4.1	Betrieb im engeren Sinne (eigentliche Beförderungstätigkeit)	355
2.2.4.2	Betrieb im weiteren Sinn (außerhalb der Beförderungstätigkeit)	357
2.2.4.3	Fehlende Bahngefahr (fehlender Zurech- nungszusammenhang)	357
2.2.5	Unfall beim Betrieb	359
2.2.6	Haftungsausschluss bei höherer Gewalt	359
2.2.6.1	Zum Begriff der höheren Gewalt	359
2.2.6.2	Naturereignisse	361
2.2.6.3	Handlungen Dritter	362
2.2.7	Mitverschulden	362
2.2.8	Abwägung bei Unfällen mit Kraftfahrzeugen	365
2.2.9	Kausalität	366
2.2.10	Rechtsfolgen und Haftungsbegrenzung	366
2.2.11	Darlegungs- und Beweislast	367
2.3	Anlagenhaftung	368
2.3.1	Voraussetzungen der Anlagenhaftung	368
2.3.2	Anlagenbegriff	369
2.3.3	Passivlegitimation – Inhaber der Anlage	370
2.3.4	Haftungsvariante 1: Wirkungshaftung	372
2.3.4.1	Anspruchsvoraussetzungen	372
2.3.4.2	Reichweite der Haftung	373
2.3.4.3	Unterspülte Straße	374
2.3.5	Haftungsvariante 2: Zustandshaftung	374
2.3.5.1	Schaden wegen bloßem Vorhandensein der Anlage	374
2.3.5.2	Anlage im ordnungsgemäßen Zustand	375
2.3.5.3	Schäden an Kraftfahrzeugen durch Kanaldeckel	375
2.3.6	Ausschluss der Ersatzpflicht	375
2.3.6.1	Schaden innerhalb eines Gebäudes	376
2.3.6.2	Schäden innerhalb eines Grundstück im Besitz des Inhabers der Anlage	377
2.3.6.3	Höhere Gewalt	377
2.3.7	Mitverschulden	378
2.3.8	Kausalität	379
2.3.9	Rechtsfolgen	379
2.3.10	Darlegungs- und Beweislast	379
2.4	Haftungsbegrenzung	380

3	Straßenverkehrsgesetz (StVG)	381
3.1	Vorbemerkung und Passivlegitimation	381
3.2	Haftungsvoraussetzungen	381
3.2.1	Halterhaftung	381
3.2.2	Fahrerhaftung	382
3.3	Begriff des „Kraftfahrzeugs“	383
3.4	Haftungsausschluss bei „höherer Gewalt“	383
3.4.1	Grundsätze	383
3.4.2	„Höhere Gewalt“ bei Mäharbeiten der Kommune an Straßen	384
3.5	Sonderrechte	385
3.6	Versicherungspflicht	386
3.7	Haftungsausschluss	387
4	Die Haftung der Kommune für Umwelteinwirkungen	387
4.1	Vorbemerkung	387
4.2	Umwelthaftungsgesetz (UmweltHG)	387
4.2.1	Vorbemerkung	387
4.2.2	Begriff der „Anlage“ und Passivlegitimation	388
4.2.3	Umwelteinwirkung	389
4.2.4	Kausalität	391
4.2.5	Haftungsumfang	392
4.2.6	Darlegungs- und Beweisfragen	394
4.3	Exkurs: Umweltschadensgesetz (USchadG)	395
4.3.1	Vorbemerkung	395
4.3.2	Gesetzeszweck und Praxisrelevanz für die Kommunen	395
4.3.3	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	396
4.4	Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	398
4.4.1	Vorbemerkung	398
4.4.2	Verhaltenshaftung nach § 89 Abs. 1 WHG	399
4.4.2.1	Haftungsbegründende Handlung	400
4.4.2.2	Haftung von Abwasserverbänden	401
4.4.3	Anlagenhaftung nach § 89 Abs. 2 WHG	402
4.4.3.1	Haftungsbegründende Handlung	403
4.4.3.2	Ausschluss der Haftung bei höherer Gewalt	404
4.4.4	Inhalt und Umfang der Haftung nach § 89 WHG	404
Kapitel V	Kausalität, Mitverschulden, Schaden und Entschädigung	407
1	Allgemeines	407
2	Kausalität und Zurechnung	408
2.1	Grundlagen, insbesondere haftungsbegründende und -ausfüllende Kausalität	408
2.2	Amtshaftung	409
2.2.1	Grundsätze	409
2.2.2	Darlegungs- und Beweisfragen	410

2.2.3	Die Bestimmung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entscheidung	413
2.2.4	Unterlassung und Verzögerung der pflichtgemäßen Maßnahme bzw. Entscheidung	414
2.2.5	Die Reichweite der fiktiven Kausalitätsprüfung	415
2.2.6	Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens ...	416
2.3	Deliktsrecht gem. § 823 BGB	417
2.4	Gefährdungshaftung	418
2.5	Vertragliche, vertragsähnliche Haftung	418
2.6	Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	419
2.7	Mitverschulden in Form der Mitverursachung	419
2.7.1	Grundsätze	419
2.7.1.1.	Rechtsgrundlage und Normzweck; vorrangige Prüfungspunkte im Amtshaftungsrecht; Verortung der Thematik an hiesiger Stelle	419
2.7.1.2.	Anknüpfungspunkt: „Verschulden gegen sich selbst“	420
2.7.1.3	Kausalität	422
2.7.1.4	Abwägung	423
2.7.2	Darlegungs- und Beweisfragen	424
2.7.3	Zurechnung der Mitverursachung durch Dritte, insbesondere den gesetzlichen Vertretern	425
2.7.3.1	Bedeutung einer Sonderverbindung zwischen Schädiger und Geschädigtem	425
2.7.3.2	Zurechnung nach § 254 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 278 BGB, insbesondere von Mitverschulden des gesetzlichen Vertreters	426
2.7.3.3	Zurechnung entsprechend § 831 BGB	429
2.7.3.4	Darlegungs- und Beweisfragen	429
3	Schadensersatz	430
3.1	Grundsätze kommunaler Haftung auf Schadensersatz	430
3.1.1	Vermögensschäden und Vermögensfolgeschäden	431
3.1.2	Sach- und Personenschäden	434
3.1.3	Der Ersatz des negativen und positiven Interesses	435
3.2	Typische Schadenspositionen kommunaler Haftung	436
3.2.1	Vorbemerkung	436
3.2.2	Beschädigung und Reparatur von Gebäuden	436
3.2.2.1	Vorbemerkung	436
3.2.2.2	Ersetzungsbefugnis beim wirtschaftlichen Totalschaden	437
3.2.2.3	Der Ersatz des merkantilen Minderwerts	439
3.2.2.4	Nutzungsentschädigung	440
3.2.3	Entgangener Gewinn/Verdienstausschlag	441
3.2.3.1	Vorbemerkung	441
3.2.3.2	Entgangener Gewinn bei „faktischer“ Bausperre	442

3.2.3.3	Verdienstausfall bei Unfallverletzungen Selbstständiger	442
3.2.3.4	Entgangener Gewinn bei Nutzungsunter- sagung bzw. verweigerter Nutzungsän- derung	443
3.2.3.5	Anlageschaden	443
3.2.3.6	Darlegungs- und Beweisfragen	444
3.2.4	Weitere praxisrelevante Schadenspositionen	445
3.2.4.1	Immaterielle Schäden/Schmerzensgeld	445
3.2.4.2	Schäden an Pflanzen	446
3.2.4.3	Umsatzsteuer	448
4	Die Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen	449
4.1	Grundsätze; Anwendungsfälle	449
4.2	Vollentziehung des Eigentums	452
4.3	Teilentziehung (Wertbeeinträchtigung) auf Dauer	452
4.4	Ertragsverluste	452
4.5	Grundstücke	453
4.5.1	Verkehrswertermittlung	453
4.5.2	Vorübergehende Nutzungsbeeinträchtigung	454
4.5.3	Merkantiler Minderwert	456
Teil B Typische Fallgruppen kommunaler Dritthaftung		457
Kapitel I Verkehrssicherungspflichtverletzungen		459
1 Allgemeines		459
1.1	Umfang der Verkehrssicherungspflicht	461
1.1.1	Verkehrseröffnung und Widmung	465
1.1.2	Gefahren außerhalb der Verkehrseröffnung	465
1.1.3	Beschränkung der Benutzerkreise	466
1.1.4	Verkehrssicherungspflichten gegenüber Kindern	466
1.1.5	Gefahrverursachung durch Dritte	468
1.1.6	Hinweis- und Warnpflichten	468
1.1.7	Abstrakte Gefahren	471
1.1.8	Verstoß gegen Schutzbestimmungen (DIN-Normen, Unfallverhütungsvorschriften)	472
1.1.9	Überprüfung bestehender Sicherheitsmaßnahmen	475
1.2	Kriterien- und Bewertungskatalog (Vorliegen von Verkehrspflichten)	475
1.3	Verpflichteter	476
1.3.1	Grundsatz	476
1.3.2	Übertragung auf Dritte – Delegation	477
1.3.2.1	Übertragung im privaten Bereich	477
1.3.2.2	Öffentlich-rechtliche Verkehrspflichten (Amtspflichten)	479
1.3.2.3	Übertragung durch Satzung	480
1.3.2.4	Übertragungsverbot bei hoheitlichen Aufgaben	481

2	Straßenverkehrssicherungspflicht (Allgemeines)	481
2.1	Grundlagen	481
2.2	Verkehrseröffnung, Widmung	483
2.2.1	Formel zum Umfang der Straßenverkehrssicherungspflicht	483
2.2.2	Widmung als Kriterium	484
2.2.3	Fehlende Widmung	486
2.2.4	Kriterien für die Anforderungen an den Straßenzustand	486
2.3	Räumlicher Bereich	487
2.4	Wer haftet?	488
2.5	Abgrenzung zu anderen Pflichten	488
2.5.1	Verkehrsregelungspflicht	488
2.5.2	Öffentlich-rechtliche (verkehrsmäßige) Wegereinigungspflicht	488
2.5.3	Straßenbaulast	489
3	Straßenverkehrssicherungspflicht (Details)	490
3.1	Straßenkonstruktion, Straßengestaltung, Belag	490
3.1.1	Geeigneter Belag, Asphaltierung von Radwegen	491
3.1.2	Rollsplitt	491
3.1.3	Fahrbahnverschmutzungen	493
3.1.4	Bitumenschwitzstellen	493
3.1.5	Aquaplaninggefahr	494
3.1.6	Straßenverlauf	494
3.1.7	Schienen auf der Straße	495
3.1.8	Schutzgeländer, Leitplanken	495
3.1.9	Absätze, Kanten	496
3.2	Straßenunterhaltung	496
3.2.1	Überwachung und Kontrolle	496
3.2.2	Fahrbahnbeschaffenheit (Griffigkeit)	497
3.2.3	Fahrbahnunebenheiten, Niveauunterschiede, Bodenwellen	497
3.2.4	Schlaglöcher, Vertiefungen	500
3.2.5	Steinschlag	505
3.2.6	Ausbrüche aus dem Straßenbelag, hochklappende (Rand-)Steine	506
3.2.7	Beseitigung von Schäden	507
3.3	Straßenentwässerung – Kanalisation	508
3.4	Kanaldeckel	508
3.4.1	Haftung nach dem HaftPflG	508
3.4.2	Niveauunterschiede, Absätze, Kanten	508
3.4.3	Hinreichende Sicherheit gegen Verschieben, Kippen	510
3.4.4	Gullydeckel	511

3.5	Straßenbegrenzungen (Bankett, Durchfahrtshöhe)	<u>511</u>
3.5.1	Bankett	<u>511</u>
3.5.2	Brücken, Unterführungen (Durchfahrtshöhe)	<u>513</u>
3.6	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung	<u>513</u>
3.6.1	Allgemeine Anforderung: Erkennbarkeit, Beherrschbarkeit	<u>513</u>
3.6.2	Bodenschwellen	<u>515</u>
3.6.3	Tiefergelegte Fahrzeuge	<u>515</u>
3.6.4	Blumenkübel	<u>516</u>
3.6.5	Straßenpoller, insbesondere absenkbare Poller	<u>517</u>
3.6.5.1	„Normale“ Poller	<u>517</u>
3.6.5.2	Versenkbare Poller	<u>517</u>
3.6.6	Steine oder Absicherung von Bepflanzungen	<u>518</u>
3.6.7	Metallbegrenzungspfosten	<u>519</u>
3.6.8	Absperrkette zwischen den Pfosten einer Zufahrt	<u>519</u>
3.6.9	Absperrung von Wegen mit (Stachel-)Draht	<u>519</u>
3.7	Straßenbäume – Freihalten des Luftraums über der Straße	<u>520</u>
3.7.1	Grundsätze	<u>520</u>
3.7.2	Luftraum zur Straße	<u>521</u>
3.7.3	Gehwegunebenheiten (z. B. durch Wurzeln)	<u>522</u>
3.7.4	Sichtbehinderungen (Hecken, Bewuchs)	<u>522</u>
3.7.5	Laub auf der Straße, dem Gehweg, Verschmutzungen	<u>522</u>
3.7.6	Weihnachtsbäume	<u>523</u>
3.8	Parkplätze und Parkhäuser	<u>524</u>
3.8.1	Allgemeines	<u>524</u>
3.8.2	Beweglicher Verkehr	<u>524</u>
3.8.3	Fußgängerverkehr	<u>526</u>
3.9	Gehwege	<u>527</u>
3.9.1	Allgemeines zum Fußgängerverkehr	<u>527</u>
3.9.2	Niveau-, Höhenunterschiede	<u>527</u>
3.9.3	Glätte auf dem Gehweg	<u>530</u>
3.9.4	Brückengeländer	<u>530</u>
3.9.5	Baumscheiben (Metallgitter um Baum herum)	<u>531</u>
3.9.6	Abdeckroste, Schachtoffnungen Absicherung gegen Wegnahme/Abheben	<u>532</u>
3.9.7	Anforderungen an Griffigkeit, Rutschfestigkeit	<u>532</u>
3.9.8	Randstein-, Bordsteinkanten	<u>533</u>
3.10	Beleuchtung von Straßen und Wegen	<u>533</u>
3.10.1	Allgemeines	<u>534</u>
3.10.2	Anforderungen im Rahmen der Verkehrssicherung	<u>534</u>
3.10.3	Kontrolle und Überwachung	<u>537</u>
3.10.4	Kausalität	<u>538</u>

4	Räum- und Streupflicht	538
4.1	Allgemeines	538
4.1.1	Grundlagen	538
4.1.2	Auslösung der Streupflicht	539
4.1.3	Inhalt und Umfang	540
4.1.4	Übersicht	541
4.2	Räum- und Streupflicht für den Kraftfahrzeugverkehr	542
4.2.1	Innerörtlicher Bereich	542
4.2.2	Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften	544
4.2.3	Autobahnen	546
4.3	Räum- und Streupflicht für Fußgänger	547
4.3.1	Innerörtlicher Bereich (geschlossene Ortslage)	547
4.3.1.1	Allgemeine Glätte, ernsthaft drohende Gefahr	547
4.3.1.2	Ausreichende Wirkung der Maßnahmen	548
4.3.1.3	Innerörtliche Gehwege	548
4.3.1.4	Gehwege an der Fahrbahn	550
4.3.1.5	Fußgängerüberwege über Straßen	551
4.3.1.6	Innerörtliche Verbindungswege	552
4.3.1.7	Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Bereiche, (große) Plätze	553
4.3.1.8	Parkplätze	553
4.3.1.9	Besondere Gefahrenstellen (Bushaltestellen, Bahnhöfe)	555
4.3.1.10	Wege in Parkanlagen	556
4.3.2	Gehwege außerhalb geschlossener Ortschaften	556
4.4	Räum- und Streupflicht für Fahrradfahrer	557
4.4.1	Innerörtliche Radwege	557
4.4.2	Radwege außerhalb geschlossener Ortschaften	557
4.5	Organisationsanforderungen	558
4.5.1	Haftungsanknüpfung	558
4.5.2	Streuplan und Kontrollen	559
4.5.2.1	Streuplan	559
4.5.2.2	Einrichtung eines Warn- und Kontrollsystems	560
4.5.2.3	Rüstzeit, Vorlaufzeit	561
4.5.2.4	Dokumentationserfordernis	561
4.5.2.5	Aufnahme in den Streuplan ohne Relevanz	561
4.5.3	Einsatz und Durchführung	562
4.5.4	Überobligatorische Maßnahmen	562
4.5.5	Zeitliche Grenzen	563
4.5.6	Vorbeugendes Streuen	564
4.5.7	Wiederholung des Streuvorgangs	565

4.5.8	Prioritäten im Räum- und Streuplan (extreme Witterungsverhältnisse, Wiederholung)	566
4.5.9	Wie ist zu räumen und zu streuen (Auswahl Streugut, Einsatz von Salz)?	566
4.6	Beseitigung des Streuguts	568
5	Verkehrsregelung	569
5.1	Allgemeines, Begriffe	569
5.2	Wer ist verkehrspflichtig?	571
5.3	Inhaltliche Maßstäbe	573
5.3.1	Grenzen	573
5.3.2	Inhaltlich: Verkehr erleichtern, Gefahren verhüten	574
5.3.3	Warnbeschilderung	575
5.3.4	Schaffung neuer Gefahrensituation, gefahrerhöhende Änderungen	576
5.4	Unterhaltung, Sicherung von Verkehrsschildern	577
5.4.1	Allgemeine Anforderungen	577
5.4.2	Standsicherheit (fest installierte Schilder)	578
5.4.3	Standsicherheit (mobile, bewegliche Verkehrsschilder)	579
5.5	Benutzungsbeschränkungen	581
5.6	Lichtzeichenanlagen, Ampelschaltung	581
6	Bau- und Straßenarbeiten (Straßenbau, Mäharbeiten)	582
6.1	Allgemeines, Haftungsregime	582
6.2	Wer ist verpflichtet?	584
6.2.1	Bauunternehmer	584
6.2.2	Bauherr	585
6.2.3	Architekt	586
6.2.4	Bauleiter	588
6.2.5	Arbeitnehmer auf der Baustelle	588
6.2.6	Zusammenfassung	588
6.3	Wer wird geschützt?	588
6.3.1	Beschränkung der Benutzerkreise	588
6.3.2	Erwachsene unbefugte Nutzer – Schild: Betreten verboten genügt	589
6.3.3	Kinder	589
6.4	Allgemeiner Umfang	590
6.4.1	Technische Regelwerke (Unfallverhütung, DIN-Normen)	590
6.4.2	Grundsatz: Kenntlichmachung, Warnung, Absicherung	592
6.5	Bauzaun, Warnhinweise	593
6.6	Baustellen im beweglichen Verkehr	593
6.6.1	Grundsatz: Warnbeschilderung (nachts Baken, Beleuchtung)	593
6.6.2	Absicherung (Absperrung)	594

6.6.3	Befahrbare Baustellenabschnitte – Geschwindigkeit	594
6.6.4	Abgestellte Baufahrzeuge	595
6.6.5	Fußgänger	595
6.6.6	Baugruben	596
6.7	Baustellen auf Grundstücken (ohne beweglichen Verkehr)	596
6.7.1	Abklärung des Baugrunds (Kabel, Rohre)	596
6.7.2	Baugrube, Löcher	597
6.7.2.1	Baugrube	597
6.7.2.2	Gräben	597
6.7.2.3	Absturzkanten	598
6.7.3	Schächte und Abdeckungen	598
6.7.4	Gerüst, Leiter	598
6.7.5	Türen	599
6.7.6	(Provisorische) Bautreppen	599
6.7.7	Dächer	600
6.7.8	Maschinen; Krananlage	601
6.7.9	Gelagertes Material	601
6.7.10	Stromleitungen	601
6.7.11	Wasserentnahmestelle (Hydrant auf Straße)	602
6.7.12	Bauschuttrecycling (Bombe im Bauschutt)	602
7	Baumkontrollen (Straßenbäume)	603
7.1	Grundsätze	603
7.2	Waldflächen	605
7.3	Kein Schutz vor Extremwetterlagen	605
7.4	Anforderungen an die Baumkontrolle	606
7.4.1	Kontrolle in angemessenen Abständen, Kontrollintervall	606
7.4.2	Anforderungen an das Kontrollpersonal	609
7.4.3	Verdächtige Umstände, Defektsymptome	609
7.4.4	Problemfall Pappel	611
7.4.5	FLL-Baumkontrollrichtlinie	612
7.4.6	Nachweis der Kausalität der Pflichtverletzung für den Schaden	613
8	Gebäude	614
8.1	Grundlagen, Allgemeines	614
8.1.1	Anknüpfungspunkte für Verkehrspflichten	615
8.1.2	§ 836 BGB (Schäden durch Einsturz von Gebäuden)	615
8.2	Gebäude	616
8.3	Fußböden	618
8.3.1	Grundsatz: keine gesteigerte Rutschgefahr bei Fußböden	618
8.3.2	Bewertung und Klassifizierung der Rutschgefahr	618
8.3.3	Problem: Warnschild ggf. nicht ausreichend	619
8.3.4	Kontrollpflichten – insbesondere Feuchtigkeit, Nässe	620
8.3.5	Reinigung von Fußböden	621

8.4	Schmutzfangmatten	621
8.5	Treppen, Treppenhäuser, Geländer	621
8.5.1	Stufen	622
8.5.2	Treppe	622
8.5.3	Treppen – Stufenhöhe	623
8.5.4	Treppen in alten Gebäuden	624
8.5.5	Treppengeländer, Handläufe	624
8.5.6	Verglasung in Treppenhäusern	626
8.5.7	Rolltreppen	626
8.5.8	Stolper- oder Gefahrenstellen	626
8.6	Absturzabsicherungen	627
8.7	Lichtschachtabdeckungen, Bodenluken	627
8.8	Beleuchtung	628
8.9	Fensterbrüstungen	628
8.10	Türen, Wände (insbesondere Glaswände)	628
8.10.1	Wahrnehmbarkeit von Türen	628
8.10.2	Niveauunterschied nach außen (auch Notausgang)	629
8.10.3	Treppe, Treppenstufe hinter einer Tür	629
8.10.4	Glaselemente an Türen	629
8.11	Automatische Drehtüren	630
8.12	Automatische Schiebetüren	630
8.13	Herabfallende Dachziegel	631
8.14	Dachlawinen	634
8.15	Böden und Absätze in Parkhäusern	637
9	Verkehrssicherung in Krankenhäusern, Pflegeheimen	637
9.1	Allgemeines (Haftungsanknüpfung, Beweislast)	637
9.1.1	Haftungsanknüpfung an Vertrags- und Deliktsrecht	637
9.1.2	Beweiserleichterung bei vertraglicher Haftung	637
9.2	Verkehrssicherungsverpflichteter	638
9.3	Allgemeine Anforderungen an eine Verkehrssicherung	638
9.4	Verhinderung von Stürzen	639
9.4.1	Anforderungen	639
9.4.1.1	Grundsatz: Ex ante Sturzgefahr/Selbstschädi- gungsgefahr	639
9.4.1.2	Darlegungs- und Beweislast	641
9.4.1.3	Einzelfälle (Pflichtverletzung bejaht)	642
9.4.1.4	Einzelfälle (Pflichtverletzung verneint)	643
9.4.1.5	Indikation zum Anbringen von Bettgittern	644
9.4.2	Sturz aufgrund Fremdeinwirkung – Reinigung der Fußböden	645
9.4.3	Sturz aufgrund Fremdeinwirkung – Bauliche Gegebenheiten	646

9.5	Psychisch Kranke, demente, desorientierte, suizidgefährdete Patienten	647
9.5.1	Ausgangspunkt: Schutz vor (Selbst-)Schädigung	647
9.5.2	Feststellung Suizidgefahr, Selbstschädigungsabsicht	648
9.5.3	Erforderliche Sicherheitsvorkehrungen bei Suizidgefahr	648
9.6	Duschkabinen und Nasszellen	650
9.7	Gefahren durch heißes Wasser	650
9.8	Therapieeinsatz von (Spiel-)Geräten	651
9.9	Maßstäbe für Schutz von Heimbewohnern	651
9.10	Rollstuhlfahrer	652
10	Verwahrungspflichten des Krankenhauses	652
11	Sonstige Pflichtverletzungen	653
12	(Kinder-)Spielplätze	654
12.1	Anknüpfung der Verkehrspflicht	654
12.2	Grundsätze	655
12.2.1	Anforderungen an die Spielgeräte, Berücksichtigung des Spieltriebs	655
12.2.2	Räumliche Reichweite der Verkehrssicherung, unbefugte Nutzung	657
12.2.3	Technische Regelwerke	658
12.2.4	Kontrollverpflichtung	659
12.3	Vermeidung von konkreten Gefährdungssituationen	660
12.4	Beispiele zu Spielplätzen	661
12.4.1	Sicherheit der Spielgeräte	661
12.4.2	Sich drehende Querstange	661
12.4.3	Fallhöhe	661
12.4.4	Luftbefüllte Hüpfburg	662
12.4.5	Metallkarussell	662
12.4.6	Stahlseile eines Sonnensegels	663
12.4.7	Abenteuerspielplatz	663
12.4.8	Naturrodelbahn, Skipiste, Snowtubing	664
13	Sportanlagen	664
13.1	Grundsätze	664
13.1.1	Wer ist verpflichtet?	664
13.1.2	Kein Schutz vor typischen Risiken von Sportveranstaltungen	665
13.1.3	Überlassung an Dritte	666
13.1.4	Delegation von Kontroll- und Überwachungspflichten	667
13.1.5	Anforderungen an Mitverschuldenseinwand	667
13.2	Beispiele zu den Anforderungen bei Sportanlagen	667
13.2.1	Böden (Rutschfestigkeit und Schäden)	667
13.2.2	Abgrenzungen (Spielfeld – Umgebung)	668

13.2.3	Fußball-, Hockeytore, Spielsäulen etc., abirrende Bälle	668
13.2.4	Zu- und Abgänge (insbesondere Stadien)	669
13.2.5	Tribünenkonstruktion	669
13.2.6	Trampolin, Hüpfkissen	669
13.2.7	Eishockeyspiele – Pucksicherung	670
13.2.8	Moto-Cross-Anlage, Mountainbike-Trail	671
13.2.9	Quad-Tour	672
13.2.10	Straßenradrennen	672
13.2.11	Seilrutsche im Kletterpark	673
13.2.12	Teilnahme an Wettbewerb	673
14	Kindergärten, Schulen	673
14.1	Wer ist verpflichtet?	673
14.2	Umfang der Verkehrssicherung	674
14.3	Haftungsausschluss nach §§ 104 ff. SGB VII	675
14.3.1	Allgemeines	675
14.3.2	Allgemeine sozialrechtliche Vorgaben	675
14.3.3	Bindungswirkung sozialrechtlicher Entscheidungen (§ 108 SGB VII)	677
14.3.4	Schäden auf dem Schulweg, vorsätzlich herbeigeführte Schäden	678
14.3.5	Erforderlichkeit einer Schulbezogenheit (betriebliche Tätigkeit)	679
14.3.6	Wirkungen des Haftungsausschlusses gegenüber Dritten	680
15	Friedhöfe	682
15.1	Haftung dem Grunde nach: § 823 BGB oder § 839 BGB	682
15.2	Allgemeine Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht	682
15.3	Reichweite der Verkehrssicherung (gesamter Friedhof)	683
15.4	Gehwegunebenheiten	684
15.5	Umstürzende Grabsteine	684
15.6	Grabschändungen	685
15.7	Bäume	685
15.8	Organisation	686
15.9	Rechtswidriges Leerräumen von Grabstellen	686
16	Kommunale Schwimmbäder und Badegewässer	686
16.1	Nomenklatur und Erscheinungsformen	686
16.1.1	Badegewässer	687
16.1.2	„Wildes Baden“	688
16.1.3	Badestellen	688
16.1.3.1	Verwaltungspraxis, Europarecht und landesrechtliche Ausführungsbestimmungen	688
16.1.3.2	Landesgesetze	688

16.1.3.3	Kommunalversicherer	689
16.1.3.4	Private Normwerke	689
16.1.4	Badeplätze	690
16.1.5	Naturbäder und Naturfreibäder	690
16.1.5.1	Private Normwerke	690
16.1.5.2	Kommunalversicherer	690
16.1.5.3	Rechtsprechung	691
16.1.5.4	Sprachgebrauch	691
16.1.6	Schwimm- und Badebecken sowie Schwimm- und Badeteiche	692
16.1.7	Öffentliche Bäder bzw. Schwimmbäder für die öffentliche Nutzung	692
16.1.8	Bezeichnungen kommunaler Bademöglichkeiten in Literatur und Rechtsprechung	693
16.1.9	Badeanstalt	694
16.1.9.1	Der öffentlich-rechtliche Anstaltsbegriff	694
16.1.9.2	Landesrechtliche Bestimmungen	695
16.1.9.3	Sprachgebrauch	695
16.2	Bewertung und Nomenklaturvorschlag	696
16.3	Haftungsregime und Freizeichnung	696
16.4	Private Normwerke – Hilfsmittel der Rechtsprechung zur Bestimmung der gebotenen Gefahrenabwehr?	698
16.4.1	Vorbemerkung und Problemstellung	698
16.4.2	Private Normen als Verkörperung der legitimen Sicherheitserwartungen des Badeverkehrs?	699
16.4.2.1	Rechtliche Prämissen	699
16.4.2.2	Anforderungen an „allgemein anerkannte Regeln der Technik“	700
16.4.3	Bewertung	701
16.5	Aufsichtspflichten in/an kommunalen Bademöglichkeiten	702
16.5.1	Relevanz	702
16.5.2	Begrifflichkeiten Aufsicht	703
16.5.3	Einteilung der Aufsichtspflicht(en)	703
16.5.4	Aufsicht über besondere Schwimmbad-Einrichtungen (Wasserattraktionen) und ihre rechtliche Herleitung	704
16.5.4.1	Vorgaben des BGH	704
16.5.4.2	Konsequenzen	705
16.5.5	Rechtliche Herleitung der allgemeinen „Wasser- Überwachungspflicht“	707
16.5.5.1	Rechtsprechung des BGH	707
16.5.5.2	Garantenpflicht	708
16.5.5.3	Landesrechtlich vorgegebene Aufsichts- pflichten	710

16.5.5.4	Legitime Sicherheitserwartungen der Badbesucher	710
16.5.5.5	Grenzen der Sicherheitserwartung „Wasseraufsicht“	714
16.5.6	Zwingende Verpflichtung zur Beaufsichtigung der Wasserflächen?	715
16.5.6.1	Vorbemerkung	715
16.5.6.2	Rechtsprechung	716
16.5.6.3	Personen mit Erkenntnis- und Gefahrbewusstseinsdefiziten (Kinder)	717
16.5.6.4	Klassifizierung und privaten Normung	718
16.5.6.5	Kriterium der Entgeltpflicht	718
16.5.6.6	Fazit	719
16.5.7	Anforderungen an die Beaufsichtigung der Wasserflächen	719
16.5.7.1	Inhalte der Pflicht	719
16.5.7.2	Sonstige Pflichtinhalte	721
16.5.7.3	Verhältnis Aufsichtspflichten des Badbetreibers und Aufsichtspflichten Dritter	722
16.5.7.4	Beweiserleichterungen und Beweislastumkehr	724
16.6	Sicherheitstechnische Anforderungen bei Planung und Bau von Schwimmbädern	725
16.7	Sicherheitstechnische Anforderungen an den Betrieb kommunaler Schwimmbäder	726
16.7.1	Vorbemerkung	726
16.7.2	Rechtliche Prämissen	727
16.8	Verkehrssicherungspflichten für sonstige Anlagen und Wasserattraktionen	727
16.8.1	Wasserattraktionen	727
16.8.1.1	Wasserrutschen	727
16.8.1.2	Sprunganlagen	728
16.8.2	Sonstige Anlagen	728
16.9	Organisationspflichten	729
16.10	Bewusste Selbstgefährdung – Mitverschulden des Geschädigten und Zurechnung fremden Verschuldens	730
16.10.1	Grenzen der Aufsichtspflicht – bewusste Selbstgefährdung	730
16.10.2	Altersbedingte Einsichtsfähigkeit von Kindern	730
16.10.3	Mitverschulden Erwachsener und Minderjähriger	732
16.10.4	Zurechnung fremden Verschuldens	732
16.11	Kommunale „Naturbäder“	732

16.12 Kommunale „Badeplätze“	733
16.12.1 Begriffsbestimmung und Überblick	733
16.12.2 Abgrenzung Verkehrssicherungspflichten der Kommune – Aufsichtspflichten der Eltern – allgemeines Lebensrisiko	734
16.12.3 Verkehrssicherungspflichten für die Erholungsflächen	735
16.12.3.1 Haftungsprivilegierung	735
16.12.3.2 Einzelne Verkehrssicherungspflichten	736
16.12.4 Verkehrssicherungspflichten für die baulichen Anlagen	738
16.12.5 Verkehrssicherungspflichten für die Wasserflächen	739
16.12.5.1 Haftungsprivilegierung	739
16.12.5.2 Erfordernis einer Wasseraufsicht	741
16.12.5.3 Einzelne Verkehrssicherungspflichten	742
16.13 „Wildes Baden“	742
17 Sonstige „kommunale“ Gewässer und Anlagen	743
18 Sonstige gefahrträchtige Nutzungen kommunaler Gewässer	744
19 Eisflächen	746
20 Kommunale Parks und Grünanlagen	746
21 „Betreten des Waldes“	748
21.1 Vorbemerkung	748
21.2 „Wald“ i. S. d. Waldgesetze	748
21.2.1 Der gesetzliche Waldbegriff	748
21.2.2 Waldwege als „Wald“	749
21.3 Haftungsregime	750
21.4 Verkehrssicherungspflichten und Haftungsprivilegierung „im Wald“	750
21.4.1 Grundsätze	750
21.4.2 Innere Rechtfertigung der Haftungsprivilegierung	751
21.5 Verkehrssicherungspflicht des Waldbesitzers	752
21.5.1 Räumliche Erstreckung der Verkehrssicherungs- pflichten im/am Wald	752
21.5.2 Abgrenzung und Beispiele aus der Rechtsprechung	752
21.5.2.1 Abgrenzung	752
21.5.2.2 Waldtypische Gefahren	753
21.5.2.3 Waldtypische Gefahren	754
21.5.3 „Waldtypische Gefahren“ abseits der Baumgefahren	754
21.5.4 Verkehrssicherungspflicht für Waldbaum- Megagefahren?	755
21.6 Wege im/am Wald	757
21.6.1 (Nicht gewidmete) „Privatwege“	757
21.6.2 Gewidmete Waldwege	757
21.6.2.1 Grundsätze	757
21.6.2.2 Kritik	759

Kapitel II Öffentliches Baurecht	761
1 Vorbemerkung	761
2 Gesetzliche Grundlagen	761
3 Das Recht auf Baufreiheit	762
4 Überblick über die Haftungsproblematik	763
5 Bauplanungsrecht	764
5.1 Unwirksamer Bebauungsplan	765
5.1.1 Planungsfehler als selbstständiger Haftungs-	
tatbestand	766
5.1.2 Drittgerichtetheit der Amtspflicht	768
5.1.3 Amtspflichten im Zusammenhang mit dem	
Abwägungsgebot	770
5.1.3.1 Das Gebot der planerischen Konfliktbe-	
wältigung	771
5.1.3.2 Der Trennungsgrundsatz	771
5.1.3.3 Die Belange des Hochwasserschutzes	772
5.1.3.4 Das interkommunale Abstimmungsgebot	772
5.1.4 Plangewährleistung/Baugrundrisiken	773
5.1.5 Sonderfall: Überplanung kontaminierter Grundstücke	
(Altlasten)	774
5.1.5.1 Ausweisung kontaminierter Flächen als	
Amtspflichtverletzung	775
5.1.5.2 Objektiver Sorgfaltsmaßstab	776
5.1.5.3 Wohn- und Arbeitsbevölkerung als „Dritte“	777
5.1.5.4 Anderweitige Ersatzmöglichkeit	779
5.1.5.5 Umfang des zu ersetzenden Schadens	781
5.1.5.6 Keine Haftung nach Enteignungs-	
grundsätzen	782
5.1.5.7 Keine Haftung nach dem Umwelthaf-	
tungsgesetz	783
5.1.5.8 Parallellfall: Bergschäden	783
5.2 Rechtswidriger Flächennutzungsplan	784
5.3 Haftung für die Aufgabe und Änderung der Plankonzeption	785
5.3.1 Rechtlicher Ausgangspunkt des BGH	785
5.3.2 Amtshaftung	787
5.3.3 Vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche	788
5.3.3.1 Vertragliche Ansprüche	
(„Risikoübernahme“)	788
5.3.3.2 Vertragsähnliche Ansprüche	790
5.4 Planungsschäden gem. §§ 39–42 BauGB	791

5.5	Sicherung der Bauleitplanung	<u>793</u>
5.5.1	Unwirksame Veränderungssperren	<u>793</u>
5.5.1.1	Amtshaftung	<u>795</u>
5.5.1.2	Enteignungsgleicher Eingriff	<u>798</u>
5.5.1.3	Entschädigung gem. § 18 BauGB	<u>799</u>
5.5.2	Rechtswidrige Zurückstellung	<u>800</u>
5.5.3	Faktische Bausperren durch individuelles Fehlverhalten	<u>801</u>
6	Bauverwaltungsakte	<u>802</u>
6.1	Genehmigungsfreie Bauvorhaben	<u>803</u>
6.2	Die Versagung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung	<u>804</u>
6.2.1	Haftung für fehlerhafte Prüfleistungen von Prüfingenieuren und -sachverständigen	<u>805</u>
6.2.2	Geschützter Dritter bei rechtswidriger Versagung	<u>806</u>
6.2.3	Verschuldensmaßstab/Normverwerfungskompetenz ...	<u>808</u>
6.2.4	Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	<u>810</u>
6.2.5	Umfang des zu ersetzenden Schadens	<u>810</u>
6.2.6	Landesrechtliche Sonderbestimmungen	<u>812</u>
6.3	Der verzögerte Erlass von Bauverwaltungsakten	<u>814</u>
6.3.1	Vorbemerkung	<u>814</u>
6.3.2	Begriff der Verzögerung, Wirkungen	<u>814</u>
6.3.3	Der zulässige Bearbeitungszeitraum	<u>815</u>
6.3.4	Amtshaftung	<u>817</u>
6.3.5	Enteignungsgleicher Eingriff	<u>818</u>
6.4	Die rechtswidrige Erteilung von Bauvorbescheid und Baugenehmigung	<u>819</u>
6.4.1	Geschützter „Dritter“ bei rechtswidriger Erteilung	<u>820</u>
6.4.2	Sachliche und inhaltliche Begrenzungen der Ampflicht	<u>821</u>
6.4.3	Mitverschulden des Begünstigten	<u>824</u>
6.4.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	<u>826</u>
6.4.5	Sonderfall: Rechtswidrige Erteilung einer Baugenehmigung für ein altlastenverseuchtes Grundstück und bei Bergschäden	<u>827</u>
6.5	Die rechtswidrige Rücknahme von Bauvorbescheid und Baugenehmigung	<u>829</u>
7	Die Erteilung und Versagung des gemeindlichen Einvernehmens	<u>831</u>
7.1	Baugenehmigungsbehörde und Gemeinde	<u>832</u>
7.2	Die Erteilung des Einvernehmens	<u>833</u>

7.3	Die Versagung des Einvernehmens	834
7.3.1	Ausgangspunkt: Die Rechtslage bis 1998	834
7.3.2	Die Ersetzung des Einvernehmens	836
7.3.2.1	Haftungsrechtliche Konsequenzen der Ersetzungsbefugnis	837
7.3.2.2	Ersetzungsbefugnis und Normverwerfungskompetenz	838
7.3.3	Verbliebene Haftungsrisiken trotz Ersetzungsbefugnis	840
7.3.3.1	Verzögerung aufgrund der Einvernehmensersetzung	841
7.3.3.2	Verzögerung durch Rechtsmittel der Kommune	842
7.3.4	Spezielle landesgesetzliche Regelungen	843
7.3.5	Die Haftungssituation bei fehlender Ersetzungsbefugnis	845
7.3.5.1	Amtshaftungsansprüche	845
7.3.5.2	Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff	847
8	Fehlerhafte Auskünfte und fehlende Hinweise	848
8.1	Fehlerhafte Auskünfte	848
8.2	Fehlende Hinweise und Belehrungen	851
9	Kausalitäts- und Zurechnungsprobleme	853
9.1	Vorbemerkung	853
9.2	Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	853
9.2.1	Veränderungssperre und Zurückstellung	854
9.2.2	Bebauungs – und Flächennutzungsplan	856
9.2.3	Verzögerung	856
9.3	Mitverursachung (mitwirkendes Verschulden)	857
10	Prozessuale Besonderheiten	858
Kapitel III Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz		861
1	Vorbemerkung und Übersicht	861
2	Schäden durch (ungefasstes) Niederschlagswasser	863
2.1	Amtshaftung	864
2.1.1	Fehlendes Entwässerungssystem	865
2.1.2	Unzureichendes Entwässerungssystem	867
2.1.2.1	Amtspflichten bei Planung und Errichtung von Entwässerungssystemen	867
2.1.2.2	Amtspflichten bei der Wartung und Unterhaltung	872
2.1.2.3	Verpflichtung zur Anpassung	874
2.1.3	Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten	875
2.1.4	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	876
2.1.5	Höhere Gewalt	878

2.2	Ansprüche nach dem Haftpflichtgesetz	878
2.2.1	Anwendungsbereich des Haftpflichtgesetzes	878
2.2.2	Passivlegitimation	880
2.2.3	Höhere Gewalt	881
2.3	Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche	883
2.4	Ansprüche aus Nachbarrecht	886
2.5	Ansprüche aus öffentlich-rechtlichem Benutzungsverhältnis	886
2.6	Klimawandel und kommunale Pflichten	887
3	Schäden durch ausuferndes Oberflächenwasser	889
3.1	Gewässerunterhaltung und Verkehrssicherungspflicht	891
3.1.1	Gewässerunterhaltung	891
3.1.2	Haftungsregime	893
3.1.3	Allgemeine Verkehrssicherungspflicht	894
3.2	Gewässerausbau	895
3.2.1	Unterlassener Ausbau	896
3.2.2	Mangelhafter Ausbau	897
3.3	Hochwasserschutz	899
4	Haftung für schadhafte Entwässerungs- oder Schmutzwasserkanäle	902
4.1	Schäden durch austretendes Wasser	902
4.2	Rückstauschäden	904
4.2.1	Pflicht zum Einbau von Rückstausicherungen	904
4.2.2	Keine Haftung nach dem Haftpflichtgesetz	906
4.2.3	Amtshaftung bei fehlender Rückstausicherung	908
4.2.4	Ausgleichsansprüche bei Rückstau	910
4.2.5	Haftungsausschlüsse in kommunalen Entwässerungs-/Abwasserbeseitigungssatzungen	911
5	Mitverschulden	912
5.1	Vorsorgemaßnahmen	912
5.2	Schadensminderungspflicht	914
5.3	Anspruchsminderung wegen schadensanfälliger Lage der Grundstücke	914
6	Darlegungs- und Beweisfragen	915
6.1	Nicht gefasstes Wasser	915
6.1.1	Kausalität bzw. rechtmäßiges Alternativverhalten	915
6.1.2	Verschulden	917
6.2	Gefasstes Wasser	918
	Kapitel IV Kommunikationshaftung	919
1	Vorbemerkung	919

2	Haftung für Auskünfte, Hinweise und Zusagen	920
2.1	Auskünfte o.ä. als Ausprägung der Amtspflicht zur rechtmäßigen Amtsausübung	920
2.1.1	Die Amtspflicht	920
2.1.2	Die rechtmäßige Amtsausübung	920
2.1.2.1	Allgemeine Grundsätze	920
2.1.2.2	Ausprägungen, insbesondere Amtspflicht zur Erteilung dienstlicher Auskünfte, Belehrungen und Hinweise	921
2.1.3	Auskunftsanspruch und Fürsorge-/Betreu- ungspflicht	922
2.1.4	Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung einer Auskunft	925
2.1.4.1	Abgrenzung der Auskunft von der Zusage	925
2.1.4.2	Klarheit, Vollständigkeit, Richtigkeit und Unmissverständlichkeit	926
2.1.4.3	Fürsorge-, Hinweis- bzw. Belehrungs- pflichten als Versatzstück zu der nicht erteilten Auskunft	928
2.1.4.4	Beratung als erweiterte Auskunft	931
2.1.4.5	Warnung/Warnpflicht als exponentielle Form des/der Hinweises/Hinweispflicht	934
2.1.5	Die erteilte Auskunft als Verlässlichkeitsgrundlage	935
2.2	Drittbezogenheit der Amtspflicht zur vollständigen, klaren und unmissverständlichen Auskunftserteilung	942
2.2.1	Allgemeine Grundsätze	942
2.2.2	Amtspflicht gegenüber dem Auskunftssuchenden	943
2.2.3	Ausdehnung des Drittschutzes?	943
2.2.3.1	Drittschutz bei Falschauskunft gegenüber dem Vertragspartner des von einer Amtspflicht primär geschützten Dritten	944
2.2.3.2	Einbeziehung weiterer Personen durch gesonderten Auskunftsvertrag	945
2.3	Kausalität der Auskunftspflichtverletzung für den Schaden	946
2.4	Aspekte des Verschuldens	948
2.4.1	Allgemeines	948
2.4.2	Schuldvorwurf und objektiver Rechtsirrtum	948
2.4.3	Rechtmäßiges/schuldloses Alternativverhalten	949
2.4.4	Mitverschulden	950
2.4.5	Anwendung der Kollegialgerichts-Richtlinie im eigenen Instanzenzug des Amtshaftungsprozesses	950
2.5	Darlegung des Vermögensschadens	951
2.6	Verjährung	953
2.7	Zusammenfassung	954

3	Haftung für behördliche Warnungen und Hinweise mit Eingriffscharakter	954
3.1	Vorbemerkung	954
3.2	Informatorische Eingriffsbefugnisse	955
3.2.1	ProdSG und MüG	955
3.2.2	LFGB	956
3.2.3	VIG	957
3.2.4	UIG	958
3.3	Sonstige Bereiche behördlicher Warnpflichten	958
3.3.1	Hochwasserschutz	958
3.3.2	Warnung zur Wahrnehmung allgemeiner Verkehrssicherungspflichten	959
3.4	Amtspflicht(-verletzungen) bei behördlichen Warnungen	960
3.5	Die Haftung für Auskünfte gegenüber der Presse	961
3.6	Widerruf (von verdeckten Behauptungen) unwahrer Tatsachen durch den/die Bürgermeister/-in	963
3.7	Exkurs: Haftung bei Corona-bedingtem Lockdown	963
Kapitel V	Kommunale Baumaßnahmen, Daseinsfürsorge, Gefahrenabwehr	965
1	Vorbemerkung	965
2	Die Haftung der Kommune für Baumaßnahmen	965
2.1	Vorbemerkung	965
2.2	Sperrwirkung von Planfeststellungsverfahren	966
2.2.1	Problemstellung	966
2.2.2	Struktur planfeststellungsrechtlicher Entschädigungen	967
2.2.2.1	Entschädigung vor Unanfechtbarkeit eines Planfeststellungsbeschlusses	967
2.2.2.2	Entschädigungsansprüche nach Unanfechtbarkeit	967
2.2.3	Sperrwirkung und Anspruchsgrundlagen	968
2.3	Haftungsregime und Passivlegitimation	969
2.3.1	Problemstellung und Bewertung	969
2.3.2	„Bewegliches Beurteilungsraster“ (Kriterien der „Zurechnung“)	972
2.3.2.1	Gegenstand der Zurechnungsprüfung	972
2.3.2.2	Zurechnungskriterien und ihr Verhältnis zueinander	972
2.3.2.3	Zuordnung Eingriffsverwaltung – Leistungsverwaltung	974
2.3.2.4	Entscheidungs- oder Ausführungsspielraum des Bauunternehmens	974

2.3.3	Mögliche Fallkonstellationen	975
2.3.3.1	Alternative eins: Kommune vergibt Baumaßnahmen nicht	975
2.3.3.2	Alternative zwei: Die Kommune vergibt sämtliche Arbeiten	976
2.3.3.3	Alternative drei: Teilvergabe	976
2.3.4	Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	977
2.3.4.1	Anspruchsgrundlagen und ihre Anknüpfung	977
2.3.4.2	Rechtsfolgen	977
2.3.5	Anwendung des Verweisungsprivilegs bei kommunalen Bauarbeiten	978
2.3.6	Vertragliche Ansprüche	980
2.4	Praxisrelevante Fallgruppen kommunaler Haftung für Baumaßnahmen	980
2.4.1	Nutzungseinschränkungen	980
2.4.2	Schäden durch Veränderungen des Grundwas- serstands aufgrund kommunaler Baumaßnahmen	982
2.4.2.1	Übersicht	982
2.4.2.2	Haftungsregime und Passivlegitimation	983
2.4.2.3	Legalisierungswirkung bestandskräftiger Genehmigungen und Erlaubnisse	983
2.4.2.4	Kausalität und Mitverursachung	983
2.4.2.5	Baugrundrisiko und Situationsgebundenheit des geschädigten Gebäudes	984
2.4.2.6	Normgerechte Ausführung des geschädigten Gebäudes	987
2.4.2.7	Sanierungsverpflichtung der öffentlichen Hand?	988
2.4.3	Setzungs- und Vertiefungsschäden	989
2.4.4	„Rückstauschäden“ bei kommunalen Baumaßnahmen	990
3	Wasser- und Energieversorgung	991
3.1	Wasserversorgung	991
3.1.1	Vorbemerkung, Haftungsregime und praxisrelevante Fallgruppen	991
3.1.2	Vertragliche Ansprüche der Anschlussnehmer	992
3.1.3	Sonstige Ansprüche, insbesondere von Dritten	993
3.1.4	Amtshaftung und zivilrechtliche Deliktshaftung	995
3.2	Energieversorgung	996
4	Müllabfuhr, Abfallbeseitigung	998
4.1	Vorbemerkung	998
4.2	Müllabfuhr	999
4.2.1	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindung	1000
4.2.2	Gefährdungshaftung	1000
4.3	Verschrottung	1002

4.4	Haftung für kommunale Deponien und Wertstoffhöfe	1003
4.4.1	Errichtung und Betrieb der Deponie	1003
4.4.2	Verkehrssicherungspflichten	1004
5	Verantwortlichkeit für in Obhut genommene Personen	1006
5.1	Pflichten des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe	1006
5.1.1	Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	1006
5.1.2	Beistandschaft, Amtsvormundschaft	1008
5.1.3	Darlegungs- und Beweisfragen	1010
5.1.4	Bereitstellung eines frühkindlichen Betreuungsplatzes	1010
5.1.4.1	Umfang der Amtspflicht und Drittschutz	1010
5.1.4.2	Primärrechtsschutz und Schadensminderungspflicht	1012
5.1.4.3	Darlegungs- und Beweisfragen	1012
5.2	Aufsichtspflichten in Kindergärten und Schulen	1013
5.2.1	Anspruchsgrundlagen	1013
5.2.2	Umfang der Aufsichtspflicht	1015
6	Haftung für Schäden durch Tätigkeiten zur Gefahrenabwehr	1018
6.1	Vorbemerkung	1018
6.2	Kampfmittelbeseitigung	1018
6.2.1	Einführung	1018
6.2.2	Anspruchsgrundlagen	1019
6.2.3	Aktivlegitimation	1021
6.2.3.1	Anspruchsübergang auf den Versicherer gemäß § 86 Abs. 1 VVG	1022
6.2.3.2	Kongruenz	1022
6.2.4	Passivlegitimation und Zurechnung	1023
6.2.5	Besondere Voraussetzungen einzelner Anspruchsgrundlagen	1025
6.2.5.1	Amtshaftung	1025
6.2.5.2	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	1025
6.2.5.3	Sonderopfer	1026
6.2.6	Versicherungsschutz der Kommunen	1028
6.3	Feuerwehr	1028
6.3.1	Haftungsregime	1028
6.3.2	Passivlegitimation	1030
6.3.2.1	Die Einstandspflicht der öffentlichen Hand	1030
6.3.2.2	Die Einstandspflicht des Feuerwehrvereins	1031
6.3.3	Anspruchsgrundlagen	1031
6.3.3.1	Amtshaftung gem. § 839 BGB, Art 34 GG	1031
6.3.3.2	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	1033
6.3.3.3	Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	1033
6.3.3.4	Enteignungs- und Aufopferungsansprüche	1034
6.3.3.5	§ 7 StVG	1035

6.3.4	Haftungsbeschränkungen	1035
6.3.5	Haftungsausschluss	1036
Kapitel VI Staatshaftung beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz		1037
1	Staatshaftung beim Einsatz von künstlicher Intelligenz	1037
1.1	Einleitung	1037
1.2	Begriff der KI – Versuch einer technischen Beschreibung	1039
1.3	Staatshaftungsträchtige Fallkonstellationen	1040
1.3.1	Einsatz von sog. Smart Contracts	1040
1.3.2	Fehlerhafte Auskünfte	1040
1.3.3	Predictive Policing und KI-basierte biometrische Gesichtserkennung	1041
1.4	Staatshaftungsrechtliche Aspekte bei durch KI-Einsatz verursachten Schäden	1042
1.4.1	Staatshaftungsansprüche ohne Verschulden	1042
1.4.1.1	Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff	1042
1.4.1.2	Allgemeiner Aufopferungsanspruch	1046
1.4.2	Verschuldenshaftung	1047
1.4.2.1	Anspruch gem. Art. 82 DSGVO	1047
1.4.2.2	Amtshaftung (§ 839 Abs. 1 S. 1 BGB i. V. m. Art. 34 S. 1 GG)	1048
1.4.2.3	Haftung aus öffentlich-rechtlichem Schuld- verhältnis	1056
2	Die neue KI-Verordnung	1057
3	Überlegungen de lege ferenda	1058
Teil C Die versicherungsrechtliche Absicherung kommunaler Haftungsrisiken		1059
1	Vorbemerkung	1061
2	Deckungslücken	1062
3	Die Kommunalversicherer	1062
4	Der Versicherungsvertrag und seine rechtlichen Grundlagen	1064
4.1	Bedingungswerke	1064
4.2	Auslegungsfragen	1064
4.3	Verhältnis Auslegung und AGB-Kontrolle	1065
4.4	AGB-Kontrolle	1066
4.4.1	Kontrollfreie Klauseln	1066
4.4.2	Kriterien der AGB-Kontrolle und Unwirksam- keitsfolgen	1067
5	Die kommunale Haftpflichtversicherung	1067
5.1	Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes	1067
5.2	Versicherter Personenkreis	1068
5.3	Nicht versicherte Ansprüche	1069
5.3.1	Verstoßprinzip	1069
5.3.2	Spezialität des versicherten Risikos und Anspruchskonkurrenz	1069

5.3.3	Verschuldensunabhängige Entschädigungs- ansprüche	1070
5.3.4	Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate	1071
5.3.5	Vertragliche und besondere Zusagen	1072
5.4	Materiellrechtliche Auswirkungen bestehenden Haftpflichtschutzes	1074
6	Die Absicherung von Umwelthaftungsrisiken	1074
7	Cyberversicherung	1076
8	Eigenschadenversicherung	1077
9	Ausgewählte Leistungskürzungsrechte und Risikobeschränkungen des Versicherers	1078
9.1	Die Serienschadenklausel	1079
9.2	Vorsätzliche und grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	1079
9.2.1	Gesetzliche Ausschlüsse	1079
9.2.2	Subjektive Ausschlussklauseln in AVB	1080
9.2.3	Zurechnung (Repräsentanten)	1081
9.3	Ausschluss von Vorhersehbarkeitsschäden	1081
9.4	Anspruchswahrungsobliegenheit	1082
10	Die Regulierung und Prozessführung durch den Versicherer	1082
10.1	Die Regulierungsvollmacht des Versicherers	1082
10.2	Das Prozessführungsrecht des Versicherers	1083
11	Der Deckungsprozess	1085
11.1	Vorbemerkung	1085
11.2	Erscheinungsformen des Deckungsprozesses	1085
11.3	Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses	1086
11.4	Darlegungs- und Beweisfragen im Deckungsprozess	1087
11.5	Gerichtsstand	1088
Teil D Der (kommunale) Haftpflichtprozess: Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten		1089
Kapitel I Verfahrensrechtliche Grundlagen des kommunalen Haftungsprozesses		1091
1	Vorbemerkungen	1091
1.1	Der Verhandlungsgrundsatz	1091
1.2	Beweissicherung zur Rechtsfindung und Rechtssicherung	1092
1.3	Hinweispflichten des Gerichts	1092
2	Die verschiedenen Beweismittel	1094
2.1	Vorbemerkung	1094
2.2	Der Zeugenbeweis	1094
2.3	Der Sachverständigenbeweis	1095
2.4	Die Parteivernehmung und -anhörung	1097
2.4.1	Vorbemerkung	1097
2.4.2	Die Parteieinvernahme	1097
2.4.3	Die Parteianhörung	1099
2.4.4	Sonderfall „4-Augen-Gespräch“	1100

3	Das selbstständige Beweisverfahren	1101
4	Die Streitverkündung	1102
4.1	Vorbemerkung	1102
4.2	Die prozessualen Wirkungen der Streitverkündung	1102
4.3	Die Streitverkündung durch die Klägerseite	1103
4.4	Die Streitverkündung durch die Beklagtenseite	1103
4.5	Die Reaktion des Streitverkündungsempfängers	1104
4.6	Verjährungshemmung durch Streitverkündung	1105
4.7	Kosten	1105
5	Das Urteil	1105
5.1	Vorbemerkung	1105
5.2	Das Endurteil	1106
5.3	Grundurteil und Betragsverfahren	1107
5.3.1	Das Grundurteil	1107
5.3.2	Das Betragsverfahren	1108
5.3.3	Die Bindungswirkung des Grundurteils für das Betragsverfahren	1108
5.4	Das Feststellungsurteil	1109
5.4.1	Vorbemerkung	1109
5.4.2	Rechtskraftwirkung und Präklusion	1110
6	Die Rechtsmittel	1111
6.1	Die Berufung	1111
6.2	Die Revision	1113
	Kapitel II Spezifische Besonderheiten des Amtshaftungsprozesses	1115
1	Zur Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	1115
1.1	Ordentlicher Rechtsweg	1115
1.1.1	Allgemeines	1115
1.1.2	Wirkung der Rechtswegzuweisung für die Amtshaftung	1116
1.1.2.1	Rechtswegübergreifende Sach- und Entschei- dungskompetenz der Zivilgerichte (§ 17 Abs. 2 S. 1 GVG)	1117
1.1.2.2	Entscheidungsvorrang der ordentlichen Gerichte	1118
1.1.2.3	Vorabentscheidung gem. § 17a Abs. 3 GVG	1119
1.1.2.4	Verweisung gem. § 17a Abs. 2 S. 1 GVG	1120
1.1.3	Eingeschränkte Prüfungsbefugnis des Rechtsmittel- gerichts (§ 17a Abs. 5 GVG)	1122
1.1.4	Bindung an gesetzwidrige rechtskräftige Rückverweisung	1123
1.2	Gerichtliche Zuständigkeit	1124
1.2.1	Sachliche Zuständigkeit	1124
1.2.2	Örtliche Zuständigkeit	1124
1.2.2.1	Behördensitz	1124
1.2.2.2	Gerichtsstand des Erfolgsortes	1124

1.3	Parteifähigkeit	1125
1.4	Bestimmtheiterfordernis im Sinne des § 253 Abs. 2 Ziff. 2 ZPO	1126
1.5	Rechtsschutz-/Feststellungsinteresse	1126
2	Zur Begründetheit der Amtshaftungsklage	1127
2.1	Aktivlegitimation	1127
2.2	Passivlegitimation	1129
2.2.1	Begriff	1129
2.2.2	Bedeutung im Amtshaftungsrecht	1129
2.2.3	Vorüberlegungen zum richtigen Amtshaftungs- klagegegner	1130
2.2.4	Ermittlung und Bezeichnung des „richtigen“ Anspruchs-/Klagegegners	1133
2.2.5	Passivrubrum	1139
2.3	Die Vorfragenkompetenz der Zivilgerichte	1142
2.3.1	Die Überprüfung bestandskräftiger Verwaltungsakte im Amtshaftungsprozess	1143
2.3.2	Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen	1144
2.4	Die Fassung der Klageanträge	1146
2.4.1	Bezifferter Leistungsantrag	1146
2.4.2	Nebenansprüche auf Auskunftserteilung und Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	1147
2.4.3	Feststellungsantrag	1147
2.4.4	Antrag auf Verurteilung Zug-um-Zug	1149
2.5	Amtshaftungsanspruchshemmende und -ausschließende Tatbestände	1150
2.5.1	Verjährung	1150
2.5.1.1	Allgemeines	1151
2.5.1.2	Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz	1152
2.5.1.3	Hemmung durch höhere Gewalt	1152
2.5.1.4	Hemmung durch Zustellung der Klageschrift	1153
2.5.2	Ausschlussfristen	1155
2.5.3	Die Subsidiaritätsklausel gem. § 839 Abs. 1 S. 2 BGB (anderweitige Ersatzmöglichkeit)	1156
2.5.4	Sonderregelungen	1157
2.5.4.1	Gebührenbeamte	1157
2.5.4.2	Beschränkung der Haftung gem. Beamten- versorgungsgesetz (BeamtVG) und SVG	1157
2.6	Auswirkungen von Änderungen der Sach- und Rechtslage im Amtshaftungsprozess	1158
2.7	Anwendung der Kollegialgerichtsrichtlinie im zivilge- richtlichen Instanzenzug	1159
3	Darlegungs- und Beweisfragen	1159
3.1	Vorbemerkungen	1159

3.2	Die Darlegungs- und Beweislast und das Beweismaß	1160
3.2.1	Darlegungslast	1160
3.2.2	Beweislast	1162
3.2.3	Beweismaß	1163
3.3	Beweiserleichterungen	1166
3.3.1	Beweis des ersten Anscheins	1166
3.3.2	Beweislastumkehr	1167
Literaturverzeichnis		1169
Stichwortverzeichnis		1175